

Naturverstand

Das Magazin der Land&Forst Betriebe Österreich

03/24

Nationalrats- wahl 2024



LAND & FORST
BETRIEBE ÖSTERREICH



SO VIEL „WIR“ STECKT IN

WaldWIRtschaft!

VALENTINA KIRNBAUER-
SCHNEIDER,
OBMANN-STELLVERTRETERIN
BEI PEFC AUSTRIA

VIKTORIA HUTTER,
PEFC ZERTIFIZIERTE
FORSTWIRTIN

MARKUS DICK,
FORSTARBEITER BEI
MAYR-MELNHOF FORST

RICHARD STRALZ,
CEO BEI
MAYR-MELNHOF HOLZ

Mit dem PEFC Siegel sicherst
du nachhaltige Waldwirtschaft.



Das
g'fällt dem
Wald!

DURCH DIE WAHL VON PRODUKTEN
MIT PEFC SIEGEL ACHTEST DU AUF:

- Nachhaltige Holz-, Papier- & Verpackungsprodukte
- Wälder und Jobs von heute und morgen
- Nachvollziehbarkeit entlang der Wertschöpfungskette



WIE DAS FUNKTIONIERT?

INHALTSVERZEICHNIS

- 3 Impressum
- 4 Editorial – Generalsekretär Martin Kubli
- 5 Vorwort – Präsident Konrad Mylius

WESENTLICHE THEMEN IM DISKURS

- 6 EU-Verordnung über die Wiederherstellung der Natur:
Ein umstrittenes Gesetz im Überblick – Valerie Findeis
- 10 Wind, Wasser, Wald für erneuerbare Energie – Österreichische Bundesforste
- 14 Die Anliegen der Landwirtschaft im Nationalrat – Alexander Schwab
- 16 Wie legales Mountainbiken funktionieren kann: Ein Praxisbeispiel vom Wechsel – Thomas Schenker
- 20 Vermögens- und Erbschaftssteuern: Österreichische Land- und Forstwirtschaft in
Gefahr – Katharina Lenze

NATIONALRATSWAHL 2024

- 22 Bundesminister Norbert Totschnig im Interview
- 26 Kurzgesagt: Was erwartet die Next Generation von der österreichischen Politik?
- 27 Kurzporträt Spitzenkandidaten
- 28 Nachgefragt bei den politischen Spitzenkandidaten

DIVERSES

- 38 Forst-Welt-Meisterschaft in Wien – Hermine Hackl

IMPRESSUM

Offenlegung der Besitzverhältnisse gemäß § 25 des Mediengesetzes:

Medieninhaber: Land&Forst Betriebe Österreich, Schauflergasse 6/5, 1010 Wien, Telefon: +43/1/533 02 27, E-Mail: office@landforstbetriebe.at, www.landforstbetriebe.at / Verlagspostamt: 1010 Wien / Erscheinungsweise: 3x jährlich (2024) **Herausgeber:** Martin Kubli, Schauflergasse 6/5, 1010 Wien
Redaktion und Anzeigenverwaltung: Aurelia Edlinger **Layout und Satz:** KOMO Wien, Simone Leonhartsberger **Hersteller:** Druckerei Berger, 3580 Horn

Die Gastkommentare müssen nicht die Meinung des Medieninhabers ausdrücken. Genderhinweis: Geschlechtsspezifische Bezeichnungen im Verbandsmagazin stehen im Zweifelsfall gleichwertig für beide Geschlechter. Dies impliziert jedoch keine Diskriminierung in die eine oder andere Richtung, sondern soll im Sinne der leichteren Lesbarkeit als geschlechtsneutral zu verstehen sein.

Titelbild: © Parlamentsdirektion / Katharina Bernhard



Das Österreichische Umweltzeichen
für Druckerzeugnisse, UZ 24, UW 686
Ferdinand Berger & Söhne GmbH.



Wir haben die Wahl!



Martin Kubli

In Europa und Österreich sind wir in der glücklichen Lage, in freien Wahlen darüber entscheiden zu können, welche Entscheidungen getroffen werden um unsere Heimat weiterzuentwickeln. Diese Möglichkeit der Mitgestaltung ist auf jeden Fall als Privileg und keinesfalls als selbstverständlich anzusehen. Trotzdem zeichnet sich in vielen Ländern und in Zeiten von multiplen Krisen ein gewisses Maß an Politikverdrossenheit in der Bevölkerung ab. Corona, Kriege und Teuerung, um nur ein paar Beispiele zu nennen, belasten die Menschen verständlicherweise und vieles davon wird an der Politik abgeladen.

Kritik ist wichtig um den Diskurs zu führen und Weiterentwicklung zu fördern, jedoch muss sie konstruktiv und sachlich fundiert stattfinden können. Umso wichtiger ist es, sich stets darüber zu informieren was in den Hallen des Parlaments debattiert und beschlossen wird. Nicht nur vor einer Wahl ist es entscheidend, sich mit der Politik, den Parteien und der Gesetzgebung zu beschäftigen, sondern es sollte im Interesse eines jeden sein, regelmäßig für sich selbst zu prüfen, wer die eigenen Interessen am besten aufgreift und wirklich ehrlich vertritt. Empfehlenswert ist es, sich auch die Zeit zu nehmen, um durch das ein oder andere direkte Angebot in Kontakt mit der Politik zu kommen. Ein Parlamentsbesuch oder der persönliche Austausch mit Politikerinnen und Politikern bei Veranstaltungen können die Meinung schärfen und dabei helfen eine fundierte und wohlüberlegte Entscheidung zu treffen.

Spätestens am 29. September 2024 sollten wir diese Entscheidung zur Wahlurne tragen und die privilegierte Chance nutzen, Österreich ein kleines Stück mitzugestalten. Wer nicht von seinem Wahlrecht Gebrauch macht, darf auch nicht erwarten, dass es Mehrheiten im Parlament und für die Regierung geben wird, die das vertreten, was man sich von der Zukunft wünscht.

Ich möchte Ihnen stellvertretend für die Land&Forst Betriebe Österreich ein Angebot machen und Sie mit dieser Spezialausgabe des „Naturverstand“ dabei unterstützen eine objektive Wahlentscheidung zu treffen. Wir haben dazu bei den unterschiedlichen Parteien und Spitzenkandidaten nachgefragt, welche Antworten sie auf die für uns wichtigen Themen haben. In diesem „Naturverstand“ präsentieren wir Ihnen außerdem kompakte und spannende Artikel zu nationalen Themen rund um die Land- und Forstwirtschaft und nicht zuletzt ein Interview mit Minister für Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Wasserwirtschaft Norbert Totschnig.

Ich wünsche Ihnen viel Freude beim Lesen!

Ihr

A handwritten signature in black ink that reads 'Martin Kubli'. The script is cursive and fluid.

Martin Kubli,
Generalsekretär Land&Forst Betriebe Österreich



Konrad Mylius

Geneigte Leserinnen und Leser!

Die Nationalratswahl steht vor der Tür und sie wird – das dürfen wir mit Fug und Recht behaupten – eine Wahl der Weichenstellungen sein. Für uns in der Land- und Forstwirtschaft steht dabei vieles auf dem Spiel: Es geht um die Sicherstellung unserer Lebensgrundlagen, um den Schutz unserer Natur, um die Zukunft unseres ländlichen Raums und letztlich auch um den Fortbestand unserer Betriebe, die das Rückgrat des ländlichen Raums bilden. In den letzten Jahren haben wir zahlreiche Herausforderungen gemeistert. Seien es die immer deutlicher spürbaren Auswirkungen des Klimawandels, die uns mit zunehmenden Extremwetterlagen und Trockenperioden konfrontieren, oder der wachsende Druck auf unsere Betriebe durch die politischen und gesellschaftlichen Anforderungen. Unsere tägliche Arbeit erfordert eine immer höhere Flexibilität und Anpassungsfähigkeit, aber auch eine starke Stimme in der Politik, die unsere Interessen konsequent vertritt.

In diesem Kontext ist die bevorstehende Nationalratswahl von besonderer Bedeutung. Wir haben es in der Hand, jene Kräfte zu stärken, die sich für eine nachhaltige und zukunftsorientierte Politik einsetzen – eine Politik, die nicht nur die Wirtschaftlichkeit unserer Betriebe sichert, sondern auch den Schutz unserer Eigentumsrechte und die Lebensqualität in unseren ländlichen Regionen gewährleistet. Es ist unser aller Aufgabe, diesen Weg zu unterstützen und dafür Sorge zu tragen, dass unsere Anliegen gehört und ernst genommen werden.

Die Land- und Forstwirtschaft ist mehr als nur ein Wirtschaftszweig. Sie ist ein wesentlicher Bestandteil unserer Kultur und Identität, unserer Traditionen und unserer Lebensweise. Doch wir müssen uns auch bewusst sein, dass wir uns in einem ständigen Wandel befinden. Innovation und Fortschritt sind unerlässlich, um den Anforderungen der modernen Welt gerecht zu werden. Digitalisierung, nachhaltige Bewirtschaftung und neue Produktionstechniken sind Schlüsselbegriffe, die in den

kommenden Jahren noch stärker in den Fokus rücken werden.

Die politischen Weichenstellungen, die in den nächsten Jahren erfolgen, werden entscheidend dafür sein, ob wir es schaffen, unsere Land- und Forstwirtschaft zukunftsfähig zu gestalten. Es geht darum, den ländlichen Raum lebendig und attraktiv zu halten, jungen Menschen Perspektiven zu bieten und die vielfältigen Leistungen, die wir für die Gesellschaft erbringen, entsprechend zu würdigen.

Deshalb ist es wichtig, dass wir uns in den kommenden Tagen und Wochen intensiv mit den Positionen der politischen Parteien auseinandersetzen. Wer setzt sich für die Anliegen der Land- und Forstwirtschaft ein? Wer nimmt unsere Sorgen und Herausforderungen ernst? Wer bietet tragfähige Konzepte an, um die Zukunft unserer Betriebe zu sichern? Diese Fragen sollten uns alle bei unserer Wahlentscheidung leiten.

Ich möchte Sie dazu ermutigen, Ihr Wahlrecht aktiv wahrzunehmen und sich für die Interessen unserer Branche starkzumachen. Denn nur gemeinsam können wir die Weichen so stellen, dass auch kommende Generationen noch eine gesunde, produktive und lebenswerte Land- und Forstwirtschaft vorfinden werden.

Lassen Sie uns diesen Weg mit Entschlossenheit und Zuversicht gehen!

Ihr

Konrad Mylius,
Präsident Land&Forst Betriebe Österreich

EU-Verordnung über die Wiederherstellung der Natur – ein umstrittenes Gesetz im Überblick

von Valerie Findeis





Mitte Juni dieses Jahres brachte die österreichische Bundesministerin Gewessler mit ihrer Zustimmung zur EU-Wiederherstellungsverordnung – gegen den Willen der meisten Bundesländer und des Koalitionspartners in der Regierung – die Verabschiedung eines sehr umstrittenen Gesetzes auf den Weg. Damit wurde ein sehr turbulenter, zweijähriger Gesetzgebungsprozess abgeschlossen.

Bereits 2022 kam im Europäischen Parlament nur eine sehr knappe Mehrheit für eine Position zustande, die ohne die Vorarbeit der zuständigen Fachausschüsse entstand. Diese hatten, entgegen der üblichen Praxis, den Gesetzesentwurf alle aus Protest abgelehnt, statt Änderungsvorschläge zu verabschieden. Knapp ein Jahr später wurde die Ratsabstimmung verschoben, weil sich im Vorfeld abzeichnete, dass keine Mehrheit für das Renaturierungsgesetz zustande kommen würde. Tatsächlich stellte die österreichische Stimme nun beim zweiten Versuch des Rates das Zünglein an der Waage dar: Mit rund 66 % wurde die für eine Verabschiedung notwendige Schwelle von 65 % der durch die Zustimmung repräsentierten Bevölkerung sehr knapp erreicht.

Die Argumente für das Gesetz in den vorangegangenen Diskussionen reichten von einer einmaligen Chance, die Klima- und Biodiversitätskrise aufzuhalten bis hin zu der Aussage, dass „eh alles halb so wild“ sei. Die tatsächlichen Auswirkungen des Gesetzes hängen vor allem davon ab, wie die Mitgliedsstaaten nun ihre Wiederherstellungspläne formulieren werden.

Inhalte ehrgeizig, aber unkonkret

Denn die Verordnung gibt zwar konkrete, ehrgeizige Ziele vor, so müssen unter anderem schrittweise Wiederherstellungsmaßnahmen auf allen degradierten Flächen gesetzt oder Aufwärtstrends bei bestimmten Biodiversitätsindikatoren erreicht werden. Für die Details, wie das Ausmaß der betroffenen Flächen oder die Auswahl der Maßnahmen, die in Frage kommen, sind jedoch die Mitgliedstaaten zuständig. Insgesamt ist mit einer Einschränkung der Landbewirtschaftung zu rechnen.

Inhaltlich betroffen sind zum einen schützenswerte Lebensräume laut Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie (FFH-Richtlinie), die sich nicht in einem guten Zustand befinden. Hier sind etappenweise Wiederherstellungsmaßnahmen auf insgesamt 90 % der betroffenen Flächen bis 2050 zu setzen. Dazu ist anzumerken, dass diese Fläche etwa 4 % der Gesamtfläche von FFH-Lebensräumen ausmacht (genaue Zahlen sind nicht bekannt). Das in medialen Diskussionen häufig gebrachte Argument, dass 80 % der österreichischen Lebensräume schlecht dastehen, bedient hingegen einen Wert, der auf die Anzahl der Stichproben abstellt, und nicht auf die betroffene Fläche.

Darüber hinaus sollen für FFH-Lebensräume, die eine zu kleine Fläche aufweisen, neue Flächen eingerichtet werden. Zusätzlich sind auch die Habitate von schützenswerten Arten nach FFH- und Vogelschutzrichtlinie von der Verordnung betroffen.

Doch auch Lebensräume, die nicht in den Anhängen der FFH-Richtlinie gelistet sind, sind für die Wiederherstellungsverordnung von Bedeutung. Hier werden pauschal für ganze Ökosystemgruppen Ziele festgelegt. Im Wald sind u.a. Indikatoren wie Totholz, Waldvögel

und ungleichaltrige Bestände zu steigern, in Agrarlandschaften u.a. biodiversitätsreiche Landschaftselemente, Feldvögel und organischer Kohlenstoff in mineralischen Böden. Agrarisch genutzte, trockengelegte Moore sollen wiederhergestellt und wiedervernässt werden. EU-weit sollen 25.000 Flusskilometer zu freifließenden Flüssen rückgebaut werden. Bestäuberpopulationen sollen ebenfalls eine positive Entwicklung aufweisen und in Städten ist mehr Grünraum zu schaffen.

Praxistaugliche Umsetzung nur mit Land- und Forstwirtschaft gemeinsam möglich

Die Details zu diesen Zielen sind, wie bereits erwähnt, im nationalen Wiederherstellungsplan zu definieren, der nun innerhalb von zwei Jahren erstellt werden muss. Darin ist auch zu klären, wie die Maßnahmen finanziert werden sollen. Ein dezidiertes EU-Förderprogramm für Renaturierung wurde für die Umsetzung der Verordnung nicht eingerichtet, die Mitgliedstaaten sind selbst dafür verantwortlich, die Finanzierung aufzutreiben.

Ob das Gewissen oder der anstehende Wahlkampf der Auslöser für die Stimme in Brüssel war – nun sind in erster Linie die Bundesländer am Zug, denen verfassungsgemäß die Kompetenz im Naturschutz zufällt.

Eine praktikable, erfolgsversprechende Umsetzung auf nationaler Ebene kann vor allem dann funktionieren, wenn jene Gruppe von Anfang an eingebunden wird, die von den Maßnahmen direkt betroffen ist. Das Prinzip der Freiwilligkeit und faire Abgeltungsmodelle sind hier ebenso Voraussetzung wie die Anerkennung bereits erbrachter Biodiversitätsleistungen bei der Festlegung der Ziele. Auch darf die Rechnung nicht ohne den Klimawandel gemacht werden, der einerseits nach aktiven Anpassungsmaßnahmen verlangt und andererseits auf vielen Standorten die Wiederherstellung eines vergangenen Zustandes zum Scheitern verurteilt.

Österreich kann sich nun für einen praxistauglichen Weg entscheiden. Dieser kann nur auf Augenhöhe gemeinsam mit land- und forstwirtschaftlichen Grundeigentümern funktionieren.



AUFFORSTEN MIT ERFOLG



Wurzel gut,
Anwuchs gut.

DER NR. 1 PARTNER FÜR NACHHALTIGE FORSTWIRTSCHAFT.

www.lieco.at



Wind, Wasser, Wald für erneuerbare Energie

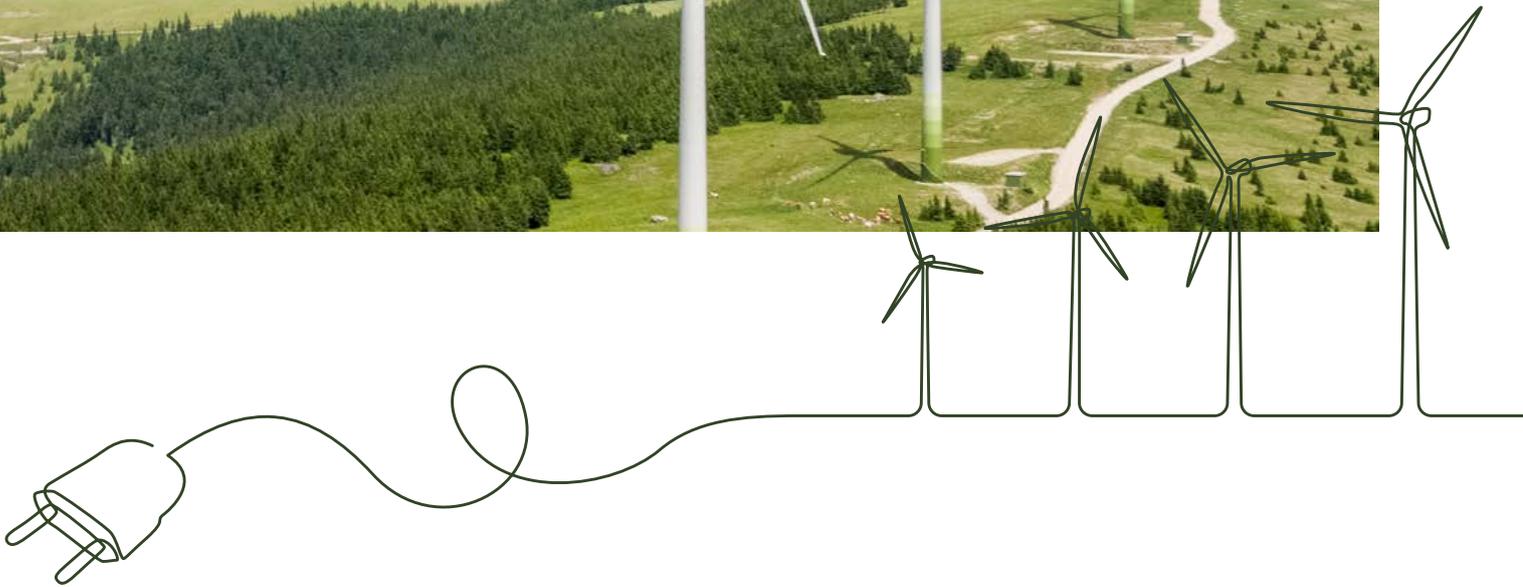
von Österreichische Bundesforste

Zugegeben, wenn man in der Natur unterwegs ist, ist der Anblick riesiger Windräder zunächst gewöhnungsbedürftig. Aber: Um die Energiewende zu schaffen, führt kein Weg an der Windenergie vorbei. Die Österreichischen Bundesforste (ÖBf) sind davon überzeugt, dass sich Wind und Wald dann gut vertragen, wenn alle ökologischen Ansprüche des Standortes bestmöglich berücksichtigt werden.

Als größter Wald- und Naturraummanager des Landes arbeiten die Bundesforste schon heute für die nächsten

Generationen. Das heißt für uns vor allem: Alle Kraft in die Bewältigung der Klimakrise. Deshalb machen wir nicht nur unsere Wälder klimafit, sondern nutzen natürliche Ressourcen auch für die Gewinnung erneuerbarer Energie aus Wasserkraft, Windkraft und Waldbiomasse. Wir sind überzeugt, dass die Energiewende gelingen kann, wenn wir sie gemeinsam vorantreiben.

Unser Zugang zu Energieprojekten ist ganzheitlich und nachhaltig. Dabei suchen wir den Ausgleich zwischen ökologischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen



Interessen. Wir bringen unser umfangreiches Wald- und Naturschutzwissen ein und stellen hohe ökologische Ansprüche an unsere Vorhaben. Projekte durchlaufen strenge Prüfverfahren und werden nur realisiert, wenn diese positiv ausfallen. Bei allen Projekten werden Ausgleichsmaßnahmen gesetzt, die manchmal auch mehr umfassen, als behördlich vorgegeben wird.

Windenergie mit Potenzial

Wir sehen in der Windkraft das größte Potenzial zur Erzeugung erneuerbarer Energie, da damit an geeigneten

Standorten ein hoher Output erzeugt werden kann. Zudem benötigen Windenergieanlagen im Verhältnis zur Leistung deutlich weniger Fläche als andere Formen der Energiegewinnung. Mit Projekten wie dem Windpark Pretul in der Steiermark beweisen wir, dass wir hoch-effiziente Anlagen im Alpenraum ökologisch nachhaltig errichten und betreiben können. Erst im Februar 2024 haben wir den Windpark um vier Anlagen erweitert, das entspricht einem Plus von rund 40 % bzw. 40 Mio. Kilowattstunden (kWh) in der Produktionskapazität auf dann in Summe über 130 Mio. kWh. Eine weitere dritte



© ÖBF / W. Simlinger

Ausbaustufe mit drei hochmodernen Windenergieanlagen ist bereits in Planung.

Gemeinsam mit der Energie AG OÖ und der EWS Consulting GmbH entwickeln die Bundesforste derzeit das Projekt Windpark Kobernauberwald, das mit 19 potenziellen neuen Windenergieanlagen das derzeit größte Energievorhaben in Oberösterreich darstellt. In Zusammenarbeit mit dem Waldbauinstitut der Universität für Bodenkultur Wien wird hier ein eigener Maßnahmenplan für die standortgerechte Wiederaufforstung erarbeitet, der nach der Errichtung in Abstimmung mit der Forstbehörde umgesetzt werden soll. Ziel ist es, das Ökosystem Wald nach den baulichen Eingriffen so rasch als möglich wieder zu regenerieren.

Grüne Energie aus Wasserkraft

Österreich ist in der glücklichen Lage, über viel Wasser zu verfügen. Die erneuerbare Kraft des Wassers für die nachhaltige Stromerzeugung zu nutzen, ist daher sinnvoll und klimaschonend. Die Bundesforste gewinnen bereits seit 2006 saubere Energie aus Wasser auf ihren Flächen und betreiben derzeit neun Wasserkraftwerke, vier davon wurden in Partnerschaften umgesetzt. Ein weiteres Projekt ist in Hopfgarten in Tirol in Umsetzung.

Nachhaltige Investitionen in Erneuerbare Energie: Mehr als 200 Mio. Euro bis 2030

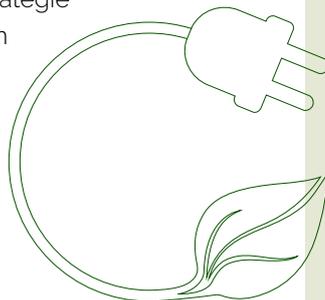
Der Geschäftsbereich Erneuerbare Energie der Österreichischen Bundesforste verzeichnete 2023 den stärksten



© ÖBF / W. Simlinger

i

Zuwachs bei der Betriebsleistung. Die Investitionen in den Bereich Energie machen sich somit bezahlt. Auch wenn das Kerngeschäft des Unternehmens die Forst- und Holzwirtschaft bleibt: Mit dem Ausbau der erneuerbaren Energie leisten die Österreichischen Bundesforste einen Beitrag dazu, Österreich ein Stück unabhängiger von fossiler Energie und teuren Stromimporten zu machen. Wir verfolgen diese Strategie auch in den kommenden Jahren und wollen bis 2030 mehr als 200 Mio. Euro in Wind- und Wasserkraft investieren.

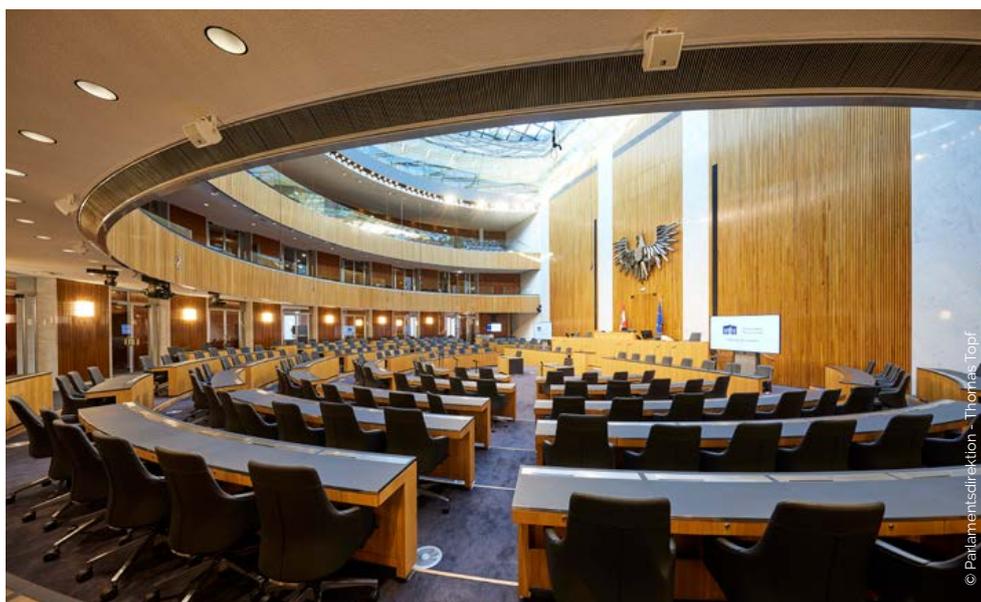


Grüne Energie für Österreich

- Die Österreichischen Bundesforste betreiben auf ihren Flächen – teils mit Partnern – neun Wasserkraftwerke, den Windpark Pretul und sind am Waldbiomassekraftwerk Wien Simmering beteiligt (ÖBf: 33,3 %, Wien Energie 66,6 %).
- 2023 wurden 305 Gigawattstunden (GWh) grüner Strom erzeugt. Das entspricht einer Versorgung von rund 87.000 Haushalten*.

*Berechnung auf Basis 3.500 kWh pro durchschnittlichem Haushalt pro Jahr.

www.bundesforste.at/erneuerbare-energie



Die Anliegen der Landwirtschaft im Nationalrat

**Ein Überblick über die letzte Regierungsperiode und welche
Themen für die nächste Regierung wichtig werden**

von Alexander Schwab

Die vergangenen fünf Jahre waren für Österreichs Landwirtschaft auf keinen Fall einfach. Die multiplen Krisen der vergangenen Jahre – begonnen mit der Pandemie und dem Krieg in der Ukraine bis hin zu den wirtschaftlichen Einbrüchen – haben die heimischen Landbewirtschaftnerinnen und Landbewirtschaftner immer wieder vor neue Herausforderungen gestellt. Leicht war diese Zeit jedoch auch für die Entscheidungsträger in der heimischen Agrarpolitik nicht, welche neben der Bewältigung dieser Krisen zusätzlich mit zunehmendem Gegenwind der Bäuerinnen und Bauern aufgrund des EU-Green Deals zu kämpfen hatten.

Ein wesentlicher Punkt aller agrarpolitisch relevanten Themen der letzten fünf Jahre waren die Verhandlungen zum Strategieplan der gemeinsamen Agrarpolitik

der Europäischen Union. Neben dem Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit lag der Fokus dieser Förderperiode in Österreich auf der Erhaltung der kleinstrukturierten Landwirtschaft und der biodiversitätsfördernden Bewirtschaftungsweise. Auch wenn es einige Umstellungen gab, waren die Veränderungen in Österreich doch weniger stark als in anderen Ländern, da schon in der Vorperiode viele ökologische Vorleistungen erbracht wurden. Für diese Leistungen stehen seit 2023 insgesamt 28,5 Mio. Euro mehr zur Verfügung, um die Betriebe bei ihren erbrachten Umweltleistungen zu unterstützen. Auch die nächste Regierung ist an den Verhandlungen der GAP beteiligt. Umso wichtiger wird es sein, nun an einem System festzuhalten und dieses zu etablieren, um für Planungssicherheit auf den heimischen Höfen zu sorgen.

Neben einigen Prestigeprojekten der Regierung, wie beispielsweise der Anhebung der Pauschalierungsgrenzen für die Land- und Forstwirtschaft, der teilweisen Umsetzung der Herkunftskennzeichnung und der Umsetzung des land- und forstwirtschaftlichen Berufsausbildungsgesetzes hat sich im Bereich der Energiegewinnung in den letzten Jahren einiges getan. Mit dem Sonderinvestitionsprogramm der „Energieautarken Bauernhöfe“ wurde ein Fördertopf von 100 Mio. Euro bereitgestellt, um die Energieunabhängigkeit auf den Betrieben zu stärken. Vor allem die Sonnenenergie rückte in den letzten Jahren aufgrund erhöhter Fördermaßnahmen stark in den Vordergrund. Klar ist, die Energiewende kann ohne die Landwirtschaft nicht stattfinden, da genau hier die notwendigen Flächen in Anspruch genommen werden müssen – egal ob auf den Dächern oder auf Freiflächen.

Durch die hohen Preisschwankungen der letzten Jahre war die Bundesregierung immer wieder gefordert, diesen so gut als möglich entgegenzuwirken. Um die Auswirkungen der Coronakrise und mehreren geopolitischen Konflikten abzufedern, wurde mit Entlastungspaketen wie dem Versorgungssicherungspaket, Stromkostenzuschuss, Impulsprogramm oder der kürzlich vorgestellten Wiedereinführung des Agrardiesels versucht, die Wettbewerbsfähigkeit der Land- und Forstwirtschaft sicher zu stellen. Nicht zuletzt spielt bei diesem Thema auch die Umsetzung des Europäischen Green Deals eine große Rolle. Vor allem bei dem vor kurzem beschlossenen Renaturierungsgesetz muss die Landwirtschaft in der Umsetzung eingebunden werden, um künftig mit dem internationalen Markt mithalten zu können.

Für die künftige Regierung wird es im Bereich der Land- und Forstwirtschaft jedenfalls an Themen nicht mangeln. Für die Bäuerinnen und Bauern in Österreich braucht es jetzt Planungssicherheit und Maßnahmen zum Bürokratieabbau, da die immer umfangreicheren Nachweis- und Aufzeichnungspflichten in allen Bereichen der Landwirtschaft zu Belastungen führen. Bedingt durch den Klimawandel und die damit einhergehenden Extremwettersituationen werden auch Diskussionen über die Wassernutzung oder den Bodenverbrauch an Bedeutung gewinnen.

In der letzten Regierungsperiode gaben landwirtschaftliche Themen immer wieder Zündstoff für hitzige Diskussionen im Plenarsaal des Nationalrats. Grund dafür waren in der Vergangenheit nicht nur Meinungsverschiedenheiten zwischen den Parteien, sondern auch immer wieder fehlendes Verständnis der Bevölkerung für die Anliegen der Landbewirtschaftlerinnen und Landbewirtschaftler in Österreich. Fakt ist, dass die Landwirtschaft in der Österreichischen Regierung verankert ist. Auch im Nationalrat ist diese aktuell parteiübergreifend durch 14 Mandatäre mit landwirtschaftlichem Hintergrund personell sehr stark vertreten – in Deutschland sind es beispielsweise nur drei Abgeordnete im Bundestag.

Um den Interessen der Bäuerinnen und Bauern für zukünftige Themen ein Gewicht zu geben, wird auch in der nächsten Regierungsperiode eine starke Stimme für die Landwirtschaft notwendig sein!

Wie legales Mountainbiken funktionieren kann – ein Praxisbeispiel vom Wechsel

von Thomas Schenker

Im Jahr 2017 entschlossen sich die Betriebe der ARGE Wechselforst aktiv das Thema Kanalisierung und Legalisierung von Mountainbike Strecken am Wechsel anzugehen. Bevor wir das Thema anpackten, stellte sich die Situation wie folgt dar:

Es gab ein rudimentäres und aus Bikersicht unattraktives legales Streckennetz, hauptsächlich auf asphaltierten Gemeindestraßen. Die einzelnen Gemeinden zeigten kein wirkliches Interesse beim Thema Mountainbike. Einige Bürgermeister waren der Ansicht, dass der Radfahrer kein Geld in der Region lassen würde und somit deutlich uninteressanter als der Wanderer wäre. Um 2010 herum gab es in unserer Betriebsgemeinschaft schon einmal die Idee, sich dem Thema Mountainbike zu nähern. Die Idee war allerdings aufgrund eines Mangels an einem seriösen Vertragspartner (privater Radverein unterstützt durch die Gemeinden) zum Scheitern verurteilt. Wir als Grundeigentümer wurden immer als letzte gefragt und man wollte uns zudem vor vollendete Tatsachen stellen („der Nachbar hat schon unterschrieben“, „hier ist der fertige Plan“). Somit blieb es beim illegalen Befahren unserer Forststraßen mit den Rädern, kurzum, es herrschte Frust auf beiden Seiten. Hinzu kam, dass ab 2015 das illegale Mountainbiken, insbesondere durch die ersten vollgefederten E-Bikes, jedes Jahr mehr wurde. Somit war für uns klar, dass wir uns entweder dem The-

ma „legales Mountainbiken“ annehmen mussten oder aktiv Maßnahmen, wie z.B. die Schotterung der ersten 500 m unserer Forststraßen mit einer Rollschotterauflage, gegen das Radfahren im Wald umsetzen müssen.

Da wir unsere Wälder nachhaltig nutzen und es neben der ökonomischen und der ökologischen Nachhaltigkeit bekanntlich auch noch eine soziale Nachhaltigkeit gibt, haben wir uns ab 2017 intensiv um eine Lösung bemüht, die ein legales Biken am Wechsel ermöglicht. Wir erinnerten uns an das Anfang der 1990er Jahre erfolgreich umgesetzte Projekt Wechsel-Semmering-Panorama-loipe, welches gemeinsam von Tourismus und Grundeigentümern entwickelt wurde. Gegenseitiger Respekt, Verständnis für die Interessen des anderen und Kompromissbereitschaft waren damals die maßgebenden Erfolgsfaktoren.

Mit dem Wissen und Verständnis, dass uns konsensorientierte Gespräche weiterbringen als das ständige Festhalten an Vergangenen, starteten wir die Diskussion mit Karl Morgenbesser, Geschäftsführer der neu entstandenen Wexl Trails. Die Wexl Trails planten zu dieser Zeit einen Mountainbike-Park mehr oder weniger an unseren Grundgrenzen. Uns war schnell bewusst, dass wenn dieser Park kommt, es sicher auch Auswirkungen auf unsere Flächen hat. Uns war damit klar, dass wenn



wir uns nicht um das Thema Kanalisierung des Radfahrverkehrs auf unseren Flächen kümmern, das Ganze womöglich außer Kontrolle gerät. Die erste Frage von Karl Morgenbesser (GF Wexl Trails) an uns war: „Könnt Ihr Euch vorstellen, Strecken zur Befahrung mit Mountainbikes freizugeben? Wenn ja, wo könnt Ihr es Euch vorstellen und wo könnt ihr es Euch nicht vorstellen?“

In unzähligen Gesprächsrunden wurden von den Grundeigentümern und dem Team der Wexl Trails ein konkreter Routenvorschlag erarbeitet. In diesem Vorschlag wurde versucht, die Interessen von Forst, Jagd, Almwirtschaft, Tourismus und Gemeinde möglichst gut abzubilden.

Parallel dazu wurde an einem Vertrag zwischen Grundeigentümern und Betreiber, auf Basis des NÖ Mustervertrages für Mountainbiken, gearbeitet. Von Anfang an stand außer Diskussion, dass die Freigabe von Forststraßen bzw. die Anlage von Singletrails eine Leistung der Forstbetriebe ist, die mit einem entsprechenden Entgelt

abzugelten ist. Folgende Punkte des Vertrages waren aus meiner Sicht besonders wichtig:

1. Umfang und Nutzung der freigegebenen Wege und Grundflächen vom 15. Mai bis 1. November.
2. Der Betreiber hat die Benutzer der Trails in geeigneter Weise, z.B. durch Schilder, darauf aufmerksam zu machen, dass der land- und forstwirtschaftliche Fahrzeugverkehr, aber auch die Fußgeher und sonstige Waldbesucher Vorrang vor den Radfahrern haben. Beim Radfahren ist besondere Vorsicht geboten, da mit Gefahren bei Arbeiten im Zuge der land- und forstwirtschaftlichen Bewirtschaftung, der Jagd, etc. zu rechnen ist.
3. Aus betrieblichen Gründen, z.B. Holzernte, ist der Grundeigentümer berechtigt, die freigegebenen Strecken ganz oder teilweise zu sperren.

4. Für die Überlassung des Vertragsgegenstandes wird ein jährliches Entgelt je Laufmeter pro Kalenderjahr vereinbart.
5. Der Grundeigentümer haftet nur für Schäden, die von ihm vorsätzlich oder grob fahrlässig verursacht wurden.
6. Der Betreiber schließt eine Wegehaftpflichtversicherung und eine Betriebshaftpflichtversicherung ohne Subsidiaritätsklausel ab.

Im Jahr 2017 konnte die Planung eines für die Mountainbiker attraktiven und für uns vertretbaren Streckennetzes abgeschlossen werden. Ende Juli 2017 war der Vertrag soweit fertig entwickelt, dass er unterschrieben werden konnte. Seit der Anfangsphase gab es freigegebene Strecken im Ausmaß von rund 80 km. Seit dem heurigen Frühjahr wurde das Streckennetz in die Steiermark er-



weitert, sodass es nun am Wechsel möglich ist auf ca. 130 km legal zu biken. Die Grundeigentümer erhalten für diese Leistung 0,25 € je Laufmeter Straße und Jahr. Ein höherer Preis war leider nicht durchsetzbar, da er bei ähnlich gelagerten Projekten in NÖ ebenfalls im Bereich der 0,25 € lag. Uns war im ersten Schritt wichtig, dass wir einen Vertrag haben, in dem die gegenseitigen Rechte und Pflichten geregelt wurden. Bei der Vertragsverlängerung in einigen Jahren werden wir versuchen den Preis zu erhöhen, wobei unser Ziel im Bereich von einem Euro je Laufmeter liegen wird.

Die Benutzung der Trails ist gebührenpflichtig, da ein gut gewartetes und markiertes Netz einfach Geld kostet. Ein Tagesticket kostet 8 € und eine Saisonkarte 80 €. Die Ticketkontrolle erfolgt durch Mitarbeiter des Betreibers. Pro Jahr sind auf den Panoramatrails (Forststraßen und einzelne Singeltrails zur besseren Lenkung) rund 15.000 Gäste anzutreffen, im Trailpark sind es mit Liftnutzung rund 50.000 Gäste pro Jahr. Durch die Panoramatrails, man sieht dies ganz stark durch die Eröffnung der steirischen Wexl Trails, treffen unterschiedliche Zielgruppen aufeinander. Im Trailpark sind junge und motivierte Mountainbikefahrer stark vertreten und auf den Panoramatrails die (nicht immer ans Alter gebunden) Genussfahrer, die sich über sichere Forstwege und ausgewiesene Strecken freuen, um zur verdienten Einnahme zu gelangen.

Rückblickend waren aus heutiger Sicht die folgenden Punkte für den nachhaltigen Erfolg des Projektes maßgebend:

1. Einbeziehung der Grundeigentümer von der ersten Minute an.
2. Alle Beteiligten müssen den Willen haben, auch wirklich etwas umsetzen zu wollen.
3. Klares Bekenntnis zu vertraglichen Vereinbarungen von beiden Seiten.



4. Projektentwicklung von unten nach oben.
5. Kanalisierung statt Wildwuchs.
6. Professionelle Beschilderung und Wartung der Routen.
7. Bekenntnis zu den Fair Play Regeln.
8. Laufende bzw. regelmäßige Kommunikation zwischen allen Beteiligten.
9. Mitwirkung von Seiten des Betreibers bei der Erziehung der „beratungsresistenten Biker“.

Nach 6 Jahren Mountainbiken am Wechsel kann ich folgendes Resümee ziehen: 90-95 % der Radfahrer treffen wir nur auf den freigegebenen Strecken an. Einige Bereiche in unseren Wäldern wurden durch die Kanalisierung wieder ruhiger. Wir bemerken auch, dass die Zahl der beratungsresistenten Biker Jahr für Jahr

weniger wird. Die Disziplin in Bezug auf die saisonalen und tageszeitlichen Öffnungszeiten ist allerdings noch ausbaufähig. Zu Bedenken möchte ich auch geben, dass durch die Freigabe der Strecken der Planungs- und Organisationsaufwand im Betrieb deutlich gestiegen ist. Wir versuchen zum Beispiel bei unseren Holzernteaktivitäten ohne Streckensperren in den Sommerferien auszukommen. Unser gegenüber der Bezirksverwaltungsbehörde geäußerter Wunsch, dass uns die Polizei bei der Identitätsfeststellung jener Biker, die sich nicht an die Regeln halten unterstützen möge, blieb leider bis heute unerfüllt. Abschließend möchte ich aber betonen, dass wir uns lieber über die 95 % jener Biker freuen, die sich an die Regeln halten, anstatt uns ständig über die 5 % „Egoisten“ zu ärgern.

Beliebte Äsung braucht Bodenkalk!



Jetzt anfragen!

www.bodenkalk.at

☎ 0664 / 45 05

Vermögens- und Erbschaftssteuern: Österreichische Land- und Forstwirtschaft in Gefahr

von Katharina Lenze

In den letzten Monaten hat das Thema Vermögens- und Erbschaftssteuern auf politischer und gesellschaftlicher Ebene stark an Relevanz gewonnen. Diverse Parteien und Organisationen legten dazu Konzepte für eine Wiedereinführung einer solchen Besteuerung vor. Wesentliche Argumente gegen die geforderten Substanzsteuern, sowohl aus volkswirtschaftlicher wie auch aus verfassungs- und steuerrechtlicher Sicht, blieben bis dato jedoch unbeleuchtet. Als Land&Forst Betriebe nehmen wir dies zum Anlass, um zu erläutern, warum eine solche Besteuerung mit einem extrem hohen Preis für die kommenden Generationen in unserem Land verbunden sein würde.

Ein wesentliches verfassungsrechtliches Argument gegen eine Vermögenssteuer ist jedenfalls die potenziell konfiskatorische Wirkung dieser Steuerform. Als konfiskatorisch wird eine Besteuerung verstanden, welche Einkünfte einschließlich Vermögenserträge nachhaltig und dauerhaft übersteigt. Eine Vermögenssteuer, die dazu führt, dass ein großer Teil des Vermögens einer Person besteuert wird, wird sohin als unverhältnismäßiger Eingriff ins Eigentumsrecht angesehen werden.

Die Einbeziehung von ertragslosem oder ertragsschwachem Vermögen wie zum Beispiel bei land- und forstwirtschaftlichen Flächen wäre demnach verfassungsrechtlich nicht zulässig. Die Steuerlast muss jedenfalls durch die erwirtschafteten Erträge gedeckt werden

können. Hohe Vermögenswerte bei zugleich geringen Erträgen machen dies in der Land- und Forstwirtschaft jedoch unmöglich.

Dies bedeutet nicht zwangsläufig, dass Vermögenssteuern grundsätzlich verfassungswidrig sind. Es ist vielmehr eine Frage der spezifischen Ausgestaltung und Umsetzung solcher Steuern, um ihre Verfassungsmäßigkeit zu gewährleisten.

Darüber hinaus gibt es Bedenken, dass die mögliche Einführung einer Vermögenssteuer zu einem Verlust von wirtschaftlichen Anreizen und einer Abwanderung von Vermögen und Leistungsträgern führen wird. Folgende Argumente begründen diese Annahme:

- ➔ Eine Vermögenssteuer wird zwangsläufig dazu führen, dass vermögende Personen weniger Anreize haben, ihr Vermögen zu investieren. Wenn ein großer Teil ihres Vermögens besteuert wird, werden sie weniger bereit sein, Risiken einzugehen und in die Wirtschaft zu investieren. Dies wiederum führt zu einer Hemmung des Wirtschaftswachstums und gefährdet langfristig Arbeitsplätze.
- ➔ Darüber hinaus wird eine Vermögenssteuer vermögende Personen dazu veranlassen, ihr Vermögen in andere Länder zu verlagern, wo niedrigere Steuersätze gelten. In Summe kommt es zu einer Abwanderung von Vermögen und talentierten Fach-

kräften, die für das wirtschaftliche Wachstum eines Landes von entscheidender Bedeutung sind. Diesfalls würde Österreich an Attraktivität als Standort für Unternehmen und Investitionen verlieren.

- ➔ Ebenso wird eine Vermögenssteuer dazu führen, dass vermögende Personen ihr Vermögen umstrukturieren, um Steuerzahlungen zu minimieren. Dies führt in weiterer Folge zu einer Verzerrung der Vermögensstruktur, da Vermögen nach Möglichkeit in nicht-produktive Vermögenswerte wie Immobilien oder Kunstwerke umgeschichtet werden wird.
- ➔ Eine Vermögenssteuer wird vor allem kleine und mittlere Unternehmen belasten, die ihr Vermögen in Form von Betriebsvermögen halten. Die Besteuerung dieses Vermögens beeinträchtigt die Liquidität dieser Unternehmen und schränkt damit ihre Fähigkeit zu wachsen und Arbeitsplätze zu schaffen ein.

Durch die beispielhaft angeführten Auswirkungen einer allfälligen Substanzbesteuerung würde es in nur wenigen Generationen keine land- und forstwirtschaftlichen Betriebe mehr in Österreich geben. Die Land- und Forstwirtschaft wird vor allem von Familienbetrieben geführt. Eine zusätzliche Besteuerung des Vermögens und des Erbes dieser Familien würde die Anreize für die Hofübernahme weiter vernichten und zu einem noch viel dramatischeren Bild in Österreich führen.

Fakt ist, dass

- ➔ das Vermögen von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben in der Nutzfläche gebunden ist und Erträge erst durch die Bewirtschaftung dieser generiert werden.
- ➔ die geringen Renditen dieser Bewirtschaftung bei zugleich immer größeren Anforderungen die Land- und Forstwirtschaft auch ohne zusätzliche Steuern enorm unter Druck setzen.

- ➔ diese Betriebe ihre Flächen viel intensiver nutzen, oder zwangsläufig Stück für Stück ihre Äcker und Wälder verkaufen müssten, um die Steuerlast von Vermögens- (0,5 – 2 %) und Erbschaftssteuern (25 – 30 %) zu decken.
- ➔ eine Intensivierung der Landnutzung aus Sicht der Land- und Forstwirtschaft, welche nachhaltig und für Generationen wirtschaftet, nicht zielführend und in Zeiten der Renaturierungsdebatte wohl kaum politisch und gesellschaftlich erwünscht ist.

Demnach bliebe den Betrieben nur der Verkauf ihrer Flächen als Möglichkeit um die Besteuerung zu begleiten, wodurch ihnen zwangsläufig ihre Lebensgrundlage entzogen würde. Ein Prozess, der in nur wenigen Generationen die großteils familiär geführte Land- und Forstwirtschaft und damit verbunden die österreichische Lebensmittelversorgung und Kulturlandschaft, zerstören würde.

Werden sukzessive Flächen verkauft, fallen diese möglicherweise in die Hände internationaler Konzerne. Die Versorgung mit regionalen Lebensmitteln und Ressourcen, der Erhalt der Schönheit des österreichischen Landschaftsbildes, die üppigen Wiesen, Felder und Wälder für Tourismus und Gesellschaft würden Stück für Stück verschwinden.

Zusammengefasst würden die von diversen Parteien und Organisationen geforderten Steuern nicht nur wenig einbringen, sondern sie müssten auch mit einem hohen Preis für ALLE Steuerzahler in Österreich bezahlt werden.

Insgesamt ist die Frage des tatsächlichen Mehrwerts von allfälligen Vermögenssteuern komplex und kontrovers. Es erfordert eine sorgfältige Abwägung der verfassungs- und steuerrechtlichen Prinzipien und der damit einhergehenden wirtschaftlichen Auswirkungen.

Interview mit Norbert Totschnig

von Naturverstand Redaktion

Naturverstand: Mit der VISION 2028+ haben Sie ein umfangreiches Strategiepapier auf den Weg gebracht, das Chancen und Herausforderungen für die Zukunft der Landwirtschaft beschreibt und umfangreiche Ziele festlegt. Wie wollen Sie sicherstellen, dass sich diese Vorstellungen vom Papier auch tatsächlich in die Realität transferieren und der ländliche Raum zukunftsfit wird?

Norbert Totschnig: Die VISION 2028+ behandelt aktuell wichtige Fragestellungen. Damit ist uns ein Meilenstein gelungen. Im Zuge des Strategieprozesses, an dem sich rund 3.000 Personen ehrenamtlich beteiligten, wurden 170 Maßnahmen erarbeitet. Jetzt müssen wir die Ergebnisse auch auf den Boden bringen und den Worten Taten schenken. Deshalb wurde eine Umsetzungsgruppe geschaffen, welche operativ an der Realisierung der einzelnen Maßnahmen arbeiten wird. Die Vorbereitungsarbeiten dazu laufen schon, Start ist im Herbst 2024. Ich persönlich werde die Ergebnisse auch in meine Arbeit auf europäischer Ebene einfließen lassen, konkret in die Verhandlungen zur künftigen GAP oder dem EU-Agrarbudget.

Naturverstand: Die heimische Land- und Forstwirtschaft steht zunehmend unter Druck durch den Klimawandel, Kalamitäten und Extremwetterereignisse. Neben bereits geforderten finanziellen Unterstützungen bedarf es dringend begleitender politischer

Maßnahmen. Welche Ansätze haben Sie während Ihrer Amtszeit dahingehend verfolgt und welche weiteren Schritte halten Sie für notwendig?

Norbert Totschnig: Wichtig bei all den Herausforderungen in der Land-, Forst- und Holzwirtschaft ist der Dialog. Durch Foren wie den Walddialog, die Task Force Schadholz und vor allem auch auf europäischer Ebene im Rahmen der For Forest Group nutzen wir Synergien und suchen nach gemeinsamen Lösungen. So konnten wir beispielsweise diesen Frühling die länderübergreifende Zusammenarbeit in der Borkenkäferproblematik mit den Regionen Südtirol und Trentino durch eine gemeinsame Erklärung stärken.

In Anbetracht der erhöhten Waldbrandgefahr haben wir das Aktionsprogramm Waldbrand erstellt und 39 Maßnahmen zur Waldbrandprävention definiert. Genauso wird das Aktionsprogramm Schutzwald mit 35 Meilensteinen erfolgreich umgesetzt. Die Novelle des Forstgesetzes ist 2023 in Kraft getreten. Damit wird die nachhaltige Waldbewirtschaftung bundesweit weiterentwickelt und der Weg hin zu klimafitten Wäldern gestärkt. Seit Juli 2024 sind nun auch die neuen Regelungen für Waldbrandbekämpfungskosten bundeseinheitlich in Kraft.

Mit der Aufstockung und Verlängerung des Waldfonds stehen zusätzliche Mittel vor allem für die Wiederaufforstung und die Entwicklung von Klimafitten Wäldern



zur Verfügung. Auch im Bereich der Wildbach und Lawinenerosion konnten wir mit dem Aktionsprogramm „Klima. Sicherheit. Lebensraum“ zusätzliche 60 Mio. Euro für die nächsten Jahre sichern.

Die verstärkten Unwetter und das erhöhte Schadholzaufkommen zeigen uns deutlich, dass wir auch weiterhin in die aktive Waldbewirtschaftung und Sicherung der Schutzwälder investieren müssen. Nur so können wir auch den Waldumbau hin zum Wald der Zukunft schaffen und die Bevölkerung vor Naturgefahren schützen. Darüber hinaus ist die Wissenschaft ein wichtiger Partner und eine unserer größten Chancen, wenn wir unsere Natur- und Lebensräume zukunftsfähig gestalten wollen. Deshalb stellen wir dieses Jahr zusätzlich zwei Mio. Euro für konkrete Forschungsprojekte in diesem Bereich zur Verfügung.

Naturverband: Immer mehr landwirtschaftliche Betriebe müssen für eine produktive Bewirtschaftung auf die Bewässerung ihrer Flächen zurückgreifen. Dieser

Umstand steht häufig im Konflikt mit der Trinkwasserversorgung. Wie lässt sich eine Versorgung für beide Bereiche in Zukunft sicherstellen?

Norbert Totschnig: Um Zielkonflikte zu vermeiden, braucht es regional und überregional vorausschauende Planungen zu Bewässerungsmöglichkeiten. Nachhaltige und effiziente Bewässerungsmaßnahmen müssen daher verstärkt über Förder- und Bildungsmaßnahmen begleitet werden.

Im Bereich der investiven Maßnahmen werden viele Ansätze zum Wassermanagement verfolgt. Dadurch wird die betriebliche Bewässerung, der Wasserrückhalt in der Fläche, die Verbesserung des lokalen Wasserhaushalts, und damit auch eine Reduktion des Hochwasserrisikos erreicht. Gleichzeitig gewinnt Hitze- und Trockenstresstoleranz bei den heimischen Kulturarten immer mehr an Bedeutung. Das BML fördert daher seit vielen Jahren gemeinsam mit den Ländern Forschungs- und Entwicklungsarbeiten zu klimafitten Sorten. Auch unsere

Forschungseinrichtungen arbeiten intensiv an praxisnahen Lösungen der Trockenheitsproblematik für die produzierende Landwirtschaft.

Gleichzeitig benötigen Landwirte für Wasserentnahmen zur Bewässerung eine wasserrechtliche Bewilligung, in der die Menge bestimmt wird, die entnommen werden darf. Bei der Bewilligung wird der Bedarf der Kulturen und die wasserwirtschaftlichen Verhältnisse berücksichtigt.

Naturverstand: Grundeigentümer sehen sich zunehmend mit rechtlichen und steuerlichen Belastungen konfrontiert. Welche Möglichkeiten für bürokratische und steuerliche Entlastungen werden Sie für unsere heimischen Familienbetriebe angehen?

Norbert Totschnig: In der VISION 2028+ wird die Bürokratie als größte Herausforderungen für den eigenen Hof gesehen. Ohne gewisse Verfahren und Aufzeichnungen wird es zwar nicht gehen – so offen muss man sein. Wir haben aber bereits bei der Erstellung des GAP-Strategieplans wesentliche Schritte umgesetzt, um die Dinge zu vereinfachen: Entfall der Zahlungsansprüche bei den Direktzahlungen, Nutzung von satellitengestützten Systemen und Daten oder die Anwendung von Referenzkosten und Pauschalen bei den Projektförderungen. Heuer haben wir beim ÖPUL weitere Erleichterungen erlassen wie beispielsweise die frühzeitige Pflege/Mahd auf Biodiversitätsflächen oder Zwischenfrucht-Begrünungen im Falle des Auftretens invasiver Arten. Auch bei der Überarbeitung einzelner GLÖZ-Standards mit der laufenden Planänderung steht die Praktikabilität im Fokus.

Naturverstand: Die Digitalisierung hat längst auch in der Land- und Forstwirtschaft Einzug gehalten. Wie unterstützt das Landwirtschaftsministerium die Einführung und Nutzung digitaler Technologien in der Land- und Forstwirtschaft?

Norbert Totschnig: Die Digitalisierung hat das Potenzial, die Land- und Forstwirtschaft zu revolutionieren. Sie wird uns verstärkt dabei helfen, den immer größeren Datenschwall zu bewältigen und daraus die richtigen Lehren zu ziehen. Die Digitalisierung erlaubt Einsparungen bei Betriebsmitteln und Fixkosten, schafft neue zeitliche Freiräume und verhilft zu mehr Lebensqualität.

Seitens des Landwirtschaftsministeriums wurde schon im Jahr 2017 die Plattform „Digitalisierung in der Landwirtschaft“ gegründet. Darüber hinaus wurden 2020 durch die Gründung der „Innovation Farm“ Strukturen geschaffen, um innovative Technologien der Digitalisierung zu erläutern, zu demonstrieren und damit besser verfügbar zu machen.

Aufbauend auf der im Jahr 2022 durchgeführten Visionsstrategie zur Digitalisierung in der Landwirtschaft wird nun im Jahr 2023 eine Umsetzungsstrategie „Smart Farming“ im Rahmen des Digitalen Aktionsplans Austria durchgeführt.

In der Forstwirtschaft wurde im Rahmen der Digitalisierungsoffensive der Bundesregierung der dringende Bedarf nach einer integrierten, einheitlichen und zentralen österreichischen Geodatenplattform Wald erkannt und zwischenzeitlich bereits umgesetzt.

Naturverstand: Die Befragungsergebnisse der VISION 2028+ zeigen, dass 15 % der zukünftigen Betriebsführer angeben, ihren Betrieb nicht weiterführen zu wollen. Welche Anreize wollen Sie vor allem für junge Menschen setzen, damit die Land- und Forstwirtschaft auch von den nächsten Betrieben erfolgreich weiterbetrieben werden kann?

Norbert Totschnig: Bildung ist der Schlüssel für die Zukunft, deshalb investieren wir hier tatkräftig. Auch

mit der ergänzenden Einkommensstützung und der Förderung der Niederlassung für Junglandwirtinnen und Junglandwirte, sowie dem Junglandwirtezuschlag für Investitionen, haben wir bereits einige zentrale Maßnahmen auf den Weg gebracht. Um die Hofübergabe weiter zu attraktiveren, müssen wir unseren heimischen Bäuerinnen und Bauern sowie dem ländlichen Raum

Perspektiven sowie stabile politische Rahmenbedingungen bieten. Wir wollen eine ökonomisch, ökologisch und sozial verantwortungsvolle – also ökosoziale, bäuerliche und flächendeckende Landwirtschaft sowie einen lebendigen ländlichen Raum erhalten und weiterentwickeln. Das ist unsere Motivation, und daran arbeiten wir unermüdlich.



Setzen Sie auf bestes Grundfutter

NOVACAT H 11200, NOVACAT F 3100 OC, HIT HT 11100, TOP VT 12540 C, JUMBO 5370 DB

- Leichtzügige Großflächentechnik für geringen Treibstoffbedarf bei hoher Schlagkraft
- Beste Bodenanpassung für sauberes Futter und Schonung der Grasnarbe
- Einfache und komfortable Bedienung
- Zuverlässige und langlebige Maschinen dank hochwertiger Bauteile



Maximilian (28 Jahre)

” Ich erwarte mir von der nächsten Regierung, dass wichtige Entscheidungen insbesondere in den Bereichen der Agrar- und Umweltpolitik, der Sozialpolitik sowie der Sicherheitspolitik stets mit viel Sachlichkeit und Vernunft beschlossen werden. Dabei sollte der Meinung der Betroffenen eine spezielle Bedeutung in der Diskussion zugeschrieben werden. Voreilige & ideologisierte Beschlüsse sowie Entscheidungen über die Köpfe der Betroffenen hinweg zeichnen eine nicht sehr professionelle Demokratie aus.



Alexander (29 Jahre)

” Vor allem im Bereich Klima- und Umweltschutz wird die Landwirtschaft gerne als Sündenbock dargestellt. Hier braucht es eine starke Stimme für die Landwirtschaft um praxisfremde Auflagen zu vermeiden und aufzuzeigen, wie viel von den heimischen Bäuerinnen und Bauern bereits geleistet wurde. Ich bin der Meinung, dass es aktuell in anderen Bereichen einen deutlich größeren Hebel zur Bewältigung der Klimakrise gibt.



Theresa (21 Jahre)

” Als junge Bürgerin dieses Landes wünsche ich mir für die Nationalratswahl 2024 eine Regierung, die es schafft, eine faire, realistische und transparente Politik zu gestalten. Ihr Anliegen sollte es sein, das Wohl aller gesellschaftlichen Gruppen in diesem Land zu fördern, um Vertrauen und ein gemeinsames Miteinander zu stärken. Dies sollte gleichermaßen für die Bereiche Naturschutz und Wirtschaft gelten, indem sichergestellt wird, dass Umweltbelange und wirtschaftliche Interessen ausgewogen berücksichtigt und nachhaltig integriert werden. Ich wünsche mir von der zukünftigen Regierung lösungsorientierte Handlungen statt bloßer Worte.



Nursena (26 Jahre)

” Ich finde, dass eine gute Regierung neben Chancengleichheit und Integration auch Transparenz und Verantwortung zeigen sollte. Es ist mir wichtig, dass Entscheidungen offen kommuniziert werden und alle gesellschaftlichen Gruppen berücksichtigt werden. Außerdem sollte die Regierung einen effektiven Dialog mit der Bevölkerung führen und sich für eine nachhaltige und gerechte Wirtschaftspolitik einsetzen, die langfristig Wohlstand und soziale Gerechtigkeit sichert.



Jana (26 Jahre)

” Als junge Österreicherin, die in der Land- und Forstwirtschaft Fuß gefasst hat, setze ich mich für eine zukunftsfähige, generationsübergreifende Entwicklung ein. Unsere Wälder leisten einen unverzichtbaren Beitrag zur Erhaltung der Biodiversität, zum Klimaschutz und zur Sicherung unserer Lebensgrundlagen. Damit sie auch in Zukunft alle Ökosystemleistungen erbringen können, braucht es mehr Verständnis und Unterstützung seitens der Politik für die heimischen Landbewirtschaftler. Land- und Forstwirtschaft sind das Rückgrat unseres ländlichen Raums und verdienen Anerkennung und Förderung. Nur gemeinsam können wir die Zukunft unseres schönen Landes nachhaltig und verantwortungsbewusst gestalten.

Spitzenkandidaten im Kurzporträt*



Karl Nehammer, Spitzenkandidat der ÖVP

Karl Nehammer wurde am 18. Oktober 1972 in Wien geboren. Er begann seine Karriere als Berufsoffizier und wechselte 2017 in die Politik. 2020 wurde er Innenminister und übernahm nach Sebastian Kurz' Rücktritt im Dezember 2021 das Amt des Bundeskanzlers. Nehammer ist seit 2021 auch Parteivorsitzender der ÖVP. Er ist verheiratet und Vater zweier Kinder.



Andreas Babler, Spitzenkandidat der SPÖ

Andreas Babler (50) ist Partei- und Klubvorsitzender der SPÖ und Bürgermeister von Traiskirchen. Er begann seine politische Laufbahn als Jugendfunktionär und war lange in der Gewerkschaftsarbeit aktiv. Er ist verheiratet und Vater zweier Töchter. Derzeit ist er im Rahmen seiner „Herz und Hirn“-Tour in ganz Österreich unterwegs und kämpft für ein besseres und gerechtes Österreich.



Herbert Kickl, Spitzenkandidat der FPÖ

Herbert Kickl wurde am 19. Oktober 1968 in Villach geboren. Nach seinem Studium der Philosophie begann er seine politische Karriere als Redenschreiber und später als Generalsekretär der FPÖ. Von 2017 bis 2019 war er Innenminister. Seit Juni 2021 ist Kickl Bundesparteiobmann der FPÖ.



Werner Kogler, Spitzenkandidat der Grünen

Werner Kogler, geboren 1961 in Hartberg, ist seit Jänner 2020 Bundesminister für Kunst, Kultur, öffentlichen Dienst und Sport sowie Vizekanzler der Republik Österreich. Er studierte Volkswirtschaftslehre und Rechtswissenschaften in Graz. Kogler ist Gründungsmitglied der Alternativen Liste Graz und der Grünen Steiermark. Von 1999 bis 2017 war er Nationalratsabgeordneter. Im Oktober 2017 übernahm er die Rolle des Bundessprechers der Grünen und war Spitzenkandidat bei der Nationalratswahl 2019.



Beate Meinl-Reisinger, Spitzenkandidatin der NEOS

Beate Meinl-Reisinger ist Juristin und Politikerin. Seit Juni 2018 ist sie Parteivorsitzende der Partei NEOS – Das Neue Österreich und Liberales Forum. Von 2013 bis 2015 war Meinl-Reisinger Abgeordnete zum österreichischen Nationalrat und von 2015 bis 2018 Vorsitzende der NEOS-Landtags- und Gemeinderatsfraktion in Wien. Seit Oktober 2018 ist Beate Meinl-Reisinger erneut Abgeordnete zum Nationalrat sowie Klubobfrau der NEOS im Nationalrat. Sie ist bei der Nationalratswahl in Österreich 2024 die Spitzenkandidatin ihrer Partei. Sie setzt sich für eine zukunftsfitte und nachhaltige Politik ein, kämpft für Chancengerechtigkeit und für mehr Anstand in der Politik.

*Folgend werden jene Parteien und ihre Spitzenkandidaten vorgestellt, welche aktuell im Nationalrat vertreten sind. Zur Nationalratswahl treten zudem die Bierpartei, die KPÖ, die Liste Madeleine Petrovic sowie KEINE an.

Nachgefragt bei politischen Spitzenkandidaten der Nationalratswahl 2024

Die
Volkspartei



WALD- UND FORSTWIRTSCHAFT

Nachhaltige Waldbewirtschaftung ist eine der tragenden Säulen im ländlichen Raum und der Rohstoff Holz eine der wesentlichsten Grundlagen für die Erreichung der Klima- und Energieziele. Mit der Umsetzung des Waldfonds wurde ein zentrales Element geschaffen, dass die Forstbetriebe bei der Anpassung des Waldes an den Klimawandel unterstützt. Welcher weiteren Maßnahmen bedarf es Ihrer Meinung nach?

Aktive Bewirtschaftung macht unseren Wald klimafit! Wir streben bis 2040 Klimaneutralität an und fördern dabei jährlich 2.300 Hektar neue Waldfläche. Es braucht einen Ausgleich zwischen Umweltschutz und wirtschaftlicher sowie sozialer Entwicklung, für eine nachhaltige Produktion. Forstliche Akteure sollten in Entscheidungen einbezogen und nationale Expertisen genutzt werden. Staatliche Unterstützungen sind für eine gute Weiterentwicklung der Forstwirtschaft notwendig. Deshalb fordern wir auch den Ausbau des Erfolgsprojekts Waldfonds zu einer „Waldmilliarde“, um die Förderung klimafitter Wälder auszubauen.

Es braucht mehr Transparenz und konkretere Vorgaben für waldbezogene Förderungen, um die notwendige Klimafitness der Wälder zu erreichen: die Einhaltung der kollektivvertraglichen Entlohnung und der ordnungsgemäßen Unterkünfte der durch diese Maßnahmen beschäftigten Waldarbeiter:innen als Fördervoraussetzungen; die Vorgabe des Verzichts auf den Einsatz chemisch-synthetischer Pestizide; eine degressive Förderkulisse, so dass pro Hektar Förderfläche kleinere Forsteigentümer:innen in Relation mehr Ausgleich erhalten als Wald-Großgrundbesitzer; einen Transparenzbericht, der alle waldbezogenen Förderungen zusammenfasst.

Es braucht Novellierungen des Forst- und des Waldfondsgesetzes für Naturverjüngung und mehr Artenvielfalt.



Die Versorgung der Österreicher mit erneuerbaren Rohstoffen sowie die Bewirtschaftung und Erhaltung unserer Kulturlandschaft sind wesentliche Leistungen der heimischen Forstwirtschaft. Dabei sind die im internationalen Vergleich kleinstrukturierten, vielfältigen, bäuerlichen Familienbetriebe in Österreich eine tragende Säule. Vor dem Hintergrund volatiler werdender Holzpreise und klimatischer Veränderungen, gilt es diese zu stärken. Innovative Forstwirtschaft von kleinstrukturierten familiären Betrieben muss vor unökologischen Billigholzimporten geschützt werden und braucht attraktive Rahmenbedingungen. So steigt die regionale Wertschöpfung und der Wirtschaftsstandort Österreich wird gestärkt.

Die Forstwirtschaft ist wichtig für die Bewältigung der Klimakrise und muss auch an ihre Folgen angepasst werden. Wir Grüne setzen uns deswegen für nachhaltige Waldbewirtschaftung und langlebige Holzprodukte statt Wegwerfmentalität ein. Dafür gibt es neben dem Waldfonds auch in der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU (GAP) Förderungen. Diese Mittel sollen für naturnahe, vielfältige Mischwälder mit dauerhafter Waldbedeckung und deren nachhaltige Nutzung eingesetzt werden. Auch bei der Pflege von Schutzwäldern braucht es mehr Unterstützung. Monokulturen und Kahlschläge sollen der Vergangenheit angehören. Damit wird auch die Artenvielfalt gestärkt.

Der Forstwirtschaft kommt eine Schlüsselrolle im Kampf gegen den Klimawandel zu, u.a. durch die Funktion eines klimafitten Waldes als natürliche Kohlenstoffsенке und dem Einsatz von Holz als nachhaltiger und klimaneutraler Werkstoff in zahllosen Anwendungsgebieten. Um die Resilienz des Ökosystems Wald zu erhöhen, haben NEOS 2023 einer dementsprechenden Novelle des Forstgesetzes zugestimmt. In den nächsten Jahren muss die Regierung Betriebe dabei unterstützen, die Transformation hin zu einer nachhaltigen und klimabewussten Forstwirtschaft durch eine praxisnahe und unbürokratische Umsetzung des EU Green Deal Pakets möglich zu machen.

Die Volkspartei



LANDWIRTSCHAFT

In der gerade begonnenen Legislaturperiode des EU-Parlaments wird über die Zukunft der gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) entschieden und möglicherweise auch zum Handelsabkommen Mercosur verhandelt. Wie werden Sie diese Themen auf nationaler Ebene behandeln?

Freihandel kann es nur mit fairen Regeln geben. Für ein wirtschaftlich starkes Europa, das Österreich nützt und schützt, brauchen wir qualitative und faire Handelsabkommen, die unseren österreichischen Interessen entsprechen und unsere Landwirtschaft nicht gefährden. Unsere heimische Produktion darf nicht durch billigere Importe gefährdet werden. Der Parlamentsbeschluss zum Mercosur-Abkommen bleibt bindend. Als Grundbedingung für neue Abkommen fordern wir die Einhaltung von EU-Standards, ein Ausgleich unterschiedlicher Produktionsstandards muss mit Einfuhrzöllen und Importbeschränkungen sichergestellt werden.

Es braucht Initiativen zur deutlichen Reduktion hochgefährlicher und gefährlicher Pestizide, eine Forschungsstrategie für Pestizid-Alternativen. Es braucht eine klare Bindung des Bezugs von Agrarfördermitteln an die Einhaltung der Arbeitnehmer:innenrechte, außerdem an Umwelleistungen. Ein weiterer wichtiger Reformteil betrifft die Nutztiere, die bessere Haltungsbedingungen brauchen, und effektive Maßnahmen gegen die Klimaerhitzung.

Mit gerechten Handelsabkommen können wir steigender Ungleichheit, schlechten Lohn- und Arbeitsbedingungen sowie der Umweltzerstörung entgegenreten. Wir erachten Mercosur in seiner jetzigen Form als nicht beschlussreif.

RENATURIERUNGSGESETZ

Zu den Kritikpunkten der Land- und Forstwirtschaft beim Thema Renaturierungsgesetz zählen nach wie vor die offene Finanzierung, der Eingriff ins Eigentum und die mangelnde Berücksichtigung der Klimawandelanpassung. Wie wollen Sie sicherstellen, dass die Land- und Forstwirtschaft für Maßnahmen auf deren Grund und Boden entschädigt werden?

Wir bekennen uns zu Naturschutz mit Anreizen statt Verboten, mehr als 80 % aller Betriebe nehmen daher auch am Agrarumweltprogramm ÖPUL teil. Die Volkspartei hat bereits angekündigt, eine Nichtigkeitsklage beim EuGH einzubringen, sobald die Verordnung zur Wiederherstellung der Natur kundgemacht wurde. Die Umsetzung liegt in der Kompetenz der Bundesländer, die bereits ein Mitspracherecht gefordert haben. Für uns ist klar: Es darf nicht über die Köpfe der Grundeigentümer hinweg entschieden werden, sondern es braucht eine Einbindung aller Betroffenen. Klar ist auch, dass eine vollständige Entschädigung der Inanspruchnahme aus den vorhandenen Naturschutzmitteln und nicht aus Mitteln der GAP sichergestellt werden muss.

Kein land- oder forstwirtschaftlicher Betrieb kann erfolgreich wirtschaften, wenn Dürre Bäume und Felder zerstört, Schutzwälder fehlen, Überschwemmungen Waldbestände gefährden und Ackerboden auswaschen, Bestäuberpopulationen zur Pflanzenbefruchtung und Fortpflanzung und zum Gedeihen des Großteils der Flora in unserer natürlichen Umwelt fehlen. Der private Grundbesitz und seine Erträge werden durch Wiederherstellungsmaßnahmen der Natur nicht gefährdet, sondern gesichert.



Nachdem die EU-Kommission bereits mit ihrem Green Deal und der dementsprechend ausgerichteten GAP alles dafür tut, um den heimischen Bauern maximal zu schaden, sind die weiteren Verhandlungen über das Mercosur-Abkommen der nächste Schlag ins Gesicht der Landwirte. Das Mercosur-Abkommen würde die heimischen Landwirte, die Agrargüter nach den weltweit höchsten Standards produzieren, dem massiven Konkurrenzdruck von Billiganbietern aus Südamerika aussetzen. Es ist zum Schaden der heimischen Landwirtschaft, dass ein freiheitlicher Antrag für einen sofortigen Verhandlungsstopp von den anderen Parteien im Parlament nicht unterstützt wird.

Wir Grüne stehen für eine Agrarpolitik, die Klima und Natur schützt sowie unsere Ernährungssouveränität sichert. Hierzu muss auch die GAP stärker beitragen. Förderungen müssen den ökologischen Mehrwert und die Schaffung von Arbeitsplätzen berücksichtigen, statt nur die Fläche und damit umwelt-, tier- und klimagerechte Bewirtschaftung unterstützen.

2019 hat sich der österreichische Nationalrat gegen das Mercosur-Abkommen ausgesprochen. Daran wird nicht gerüttelt. Damit kämpfen wir für Klima- und Umweltschutz, die Bäuer:innen, die Menschenrechte, den Regenwald und gesunde Lebensmittel.

NEOS setzen sich für eine nachhaltige und zukunftsorientierte Agrarpolitik ein. Wir fordern eine Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP), die ökologische und soziale Kriterien stärker gewichtet, um eine nachhaltige Landwirtschaft zu fördern. Davon würde insbesondere Österreich profitieren. Beim Handelsabkommen Mercosur unterstützen wir eine konstruktive Verhandlungsführung, die hohe Umwelt- und Sozialstandards sicherstellt. Wir sehen in Mercosur eine Chance, europäische Umweltstandards nach Südamerika zu exportieren und gleichzeitig neue Märkte für österreichische Unternehmen zu erschließen.

Die Zustimmung von Ministerin Gessner zum EU-Renaturierungsgesetz, vulgo „Bauernvernichtungsgesetz“, gefährdet die Existenz unserer Landwirte und die Versorgungssicherheit mit heimischen Lebensmitteln. Obwohl Bundeskanzler Nehammer von dieser Entscheidung wusste, hat er es unterlassen, seine Ministerin aufzuhalten oder sie zur Entlassung vorzuschlagen. Stattdessen hat er tatenlos zugesehen und somit die Interessen der österreichischen Bevölkerung verraten. Im Ergebnis werden wir immer abhängiger von internationalen Agrarindustrien. Eine Entschädigung von Betroffenen ist das Mindeste. Ziel muss es sein den Beschluss rückgängig zu machen.

Das Renaturierungsgesetz gibt kein starres Korsett vor, sondern ökologische Ziele. Um diese zu erreichen, brauchen wir eine nachhaltigere land- und forstwirtschaftliche Nutzung - vom Ausbau der Maßnahmen aus dem österreichischen Programm für umweltgerechte Landwirtschaft (ÖPUL) bis zur Stärkung der Bio-Landwirtschaft. Eingriffe ins Eigentum sind nicht in der Verordnung enthalten, ebenso gibt es keine verpflichtende Außer-Nutzung-Stellung. Jetzt gilt es, einen guten nationalen Plan zu erarbeiten. Wichtig ist, Erfahrung und Wissen von Bewirtschafteter:innen und Wissenschaft in die Erstellung des nationalen Plans einzubeziehen.

Für die konstruktive Umsetzung der Ziele des Renaturierungsgesetzes in Österreich müssen unnötige bürokratische Hürden vermieden und die praktische Umsetzbarkeit gewährleistet werden. Außerdem gilt es, bestehende Finanzierungsinstrumente der EU so gut wie möglich abzuholen. Bei der Erstellung des nationalen Wiederherstellungsplans muss aus Sicht von NEOS sichergestellt werden, dass keine Eingriffe in privates Eigentum erfolgen und dass die Maßnahmen für Land- und Forstwirtschaft nicht zu noch mehr Bürokratie führen und praktikabel ausgestaltet werden. Wir setzen uns dafür ein, dass die zusätzlichen Anforderungen minimal und umsetzbar bleiben.

Die Volkspartei



WIRTSCHAFT

Die Inflation trifft auch die Land- und Forstwirtschaft besonders hart. Während Kosten für Betriebsmittel, notwendige Investitionen etc. immer weiter steigen, stagnieren die Erlöse für die hochwertigen Produkte. Wie werden Sie dem Problem der Teuerung auch in der Land- und Forstwirtschaft begegnen?

Wir setzen laufend Maßnahmen, um die Bäuerinnen und Bauern spürbar zu entlasten. Mit dem 360 Mio. Euro starken „Impulsprogramm für die Landwirtschaft“ haben unsere Familienbetriebe von 2024 bis 2027 zusätzlich 90 Mio. Euro jährlich zur Verfügung. Das Paket für eine wettbewerbsfähigere Landwirtschaft bringt mehr als 300 Mio. Euro auf die Höfe, u.a. in Form einer Agrardieselmrückvergütung von 37,5 Cent/Liter für 2024. Ab 2025 erhalten Bio-Betriebe jährlich rund 30 Mio. Euro pro Jahr zusätzlich. Wir fordern eine Inflationsanpassung der GAP-Mittel national und auf EU-Ebene, damit unsere Betriebe nicht nur gewinnbringend wirtschaften, sondern sich auch nachhaltig weiterentwickeln können.

Aus Sicht der SPÖ braucht es eine klare Analyse, welche Betriebe Hilfe benötigen, damit die Schere zwischen kleinen und großen Betrieben nicht weiter auseinandergeht. Dies wurde durch nationale Förderungen in den letzten Jahren leider verstärkt. Jene, die finanzielle Unterstützung brauchen, sollen dies jedenfalls durch eine Umverteilung der Agrarfördermittel erhalten.

WIRTSCHAFT

Als Landbewirtschafter sind wir mit unserer Produktionsgrundlage an den Standort gebunden und tragen große Verantwortung für den ländlichen Raum. Welche Maßnahme würden Sie als Regierungspartei ergreifen, um den Wirtschaftsstandort Österreich – und hier vor allem den ländlichen Raum – zu stärken?

Durch gezielte Förderungen und nachhaltige Entwicklung wollen wir die Lebensqualität im ländlichen Raum steigern und die Ortskerne als Herzstücke unserer Gemeinden erhalten. Mit dem Finanzausgleich stellen wir den Ländern und Gemeinden jedes Jahr 2,4 Milliarden Euro mehr zwischen 2024 und 2028 zur Verfügung. Durch den flächendeckenden Ausbau von Kinderbetreuung, Infrastruktur und Breitband-Internet wollen wir das Leben und Arbeiten vor Ort verbessern. Zudem werden wir unseren Verkehrsrahmenplan mit den Bundesländern und Gemeinden forcieren.

Die wichtigste Maßnahme zum Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit sind leistbare und kalkulierbare Strom- und Energiepreise. Wir können es uns nicht dauerhaft leisten, dass Energiepreise in den USA und China günstiger sind. Das führt nicht nur zur Abwanderung von Industrien, sondern birgt starke Wettbewerbsnachteile für die heimischen Produktionsstandorte. Dass die ÖVP es nicht geschafft hat, den Strom- vom Gaspreis zu entkoppeln und somit mehr Sicherheit für Österreichs Wirtschaft zu garantieren, ist grob fahrlässig.



Um eine Trendumkehr in der Landwirtschaft zu schaffen, hin zu Ernährungssouveränität und unabhängigen Bauern, die vom Verkauf ihrer hochqualitativen Produkte nicht nur überleben, sondern gut leben können, braucht es die Umsetzung der folgenden Punkte des freiheitlichen Entlastungspakets für die Landwirtschaft:

- Ausstieg aus dem Green Deal
- Importstopp für ukrainisches Billiggetreide
- SV-Beiträge in Krisenzeiten erlassen
- AMA-Marketing-Beiträge abschaffen
- Aussetzen von Mehrwertsteuer auf Betriebsmittel sowie der Mineralölsteuer in Krisenzeiten
- Agrargipfel für Ernährungssouveränität

Die Gemeindeebene droht mittelfristig zusammenzubrechen, selbst der Gemeindebund rechnet noch in diesem Jahr in Kärnten mit ersten Insolvenzen. Es muss daher Schluss mit Gemeindehilfspaketen sein, die in Wahrheit gar keine sind. Was wir dringend benötigen, sind nachhaltige Lösungen und Planungssicherheit für die Gemeinden. Nur wirtschaftlich gesunde Gemeinden können die Rahmenbedingungen schaffen, die es für einen funktionierenden ländlichen Raum braucht.

Die Bundesregierung hat auf die Teuerungskrise schnell und umfassend reagiert. Im Bereich der Land- und Forstwirtschaft wurden 120 Mio. Euro für den Stromkostenzuschuss bereitgestellt und die Umsatzgrenzen für steuerliche Pauschalierung für die Land- und Forstwirtschaft erhöht. In diesem Jahr wurde mit der Kompensation für die Mineralölsteuer und den CO₂-Preis eine weitere umfassende Entlastungsmaßnahme für Landwirt:innen beschlossen. Mit dem Waldfonds wurde ein bis 2026 laufendes Programm in der Höhe von 450 Mio. Euro geschaffen, um notwendige Investitionen zu ermöglichen.

Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine hat gezeigt, dass Wachstum auf Basis fossiler Energie nicht nur dem Klima schadet, sondern auch unsicher und unwirtschaftlich ist. Österreich muss daher konsequent auf Erneuerbare und klimaneutrale Produktion setzen – wie etwa mit dem Transformationsfonds für die Industrie. Insbesondere im ländlichen Raum ist es wichtig, Abwanderung zu stoppen und mittels Ausbaus der Kinderbetreuung, Attraktivierung der Ortskerne und einem Ende der Bodenversiegelung sowie einem neuen Fokus auf Kreislaufwirtschaft und Recycling und dem Einsatz von nachhaltigen Baustoffen neue Wertschöpfung und Jobs zu schaffen.

NEOS setzen sich für eine nachhaltige Entlastung der Land- und Forstwirtschaft ein. Wir fordern eine Senkung der Lohnnebenkosten, um die finanziellen Spielräume der Betriebe zu erweitern und die Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Betriebe gegenüber der unserer Nachbarn nachhaltig zu verbessern. Zudem wollen wir bürokratische Hürden abbauen und den Zugang zu Fördermitteln erleichtern. Ein funktionierender Wettbewerb ist essenziell, um faire Marktbedingungen sicherzustellen. Daher setzen wir uns für eine gestärkte Wettbewerbsbehörde ein. Unser Ziel ist es, dass der Land- und Forstwirtschaft mehr von ihrer Wertschöpfung bleibt.

Wir fordern eine Senkung der Lohnnebenkosten, um die Produktionsbedingungen zu verbessern und die finanzielle Belastung der Betriebe zu reduzieren. Zudem wollen wir durch den umfangreichen Ausbau erneuerbarer Energien und die Diversifizierung unserer Bezugsquellen die Energiekosten wieder deutlich senken. Ein weiterer Schwerpunkt liegt auf der Verringerung der Bürokratie: Durch die Digitalisierung und Verbesserung staatlicher Dienstleistungen möchten wir Verwaltungsprozesse vereinfachen und beschleunigen. So schaffen wir attraktive Rahmenbedingungen für Landbewirtschaftler und stärken den Wirtschaftsstandort Österreich.

Die Volkspartei



BÜROKRATIE

Seit vielen Jahren schon braucht es eine deutliche Entlastung für die heimischen Betriebe von ausufernder Bürokratie und detailverliebter Überregulierung. Welche Erleichterungen werden Sie in diesem Zusammenhang für die heimischen Land- und Forstwirte angehen?

Wir setzen uns dafür ein, faire Rahmenbedingungen sicherzustellen dafür braucht es eine EU-weite Harmonisierung der Produktions- und Tierwohlstandards, unter Berücksichtigung der hohen österreichischen Standards. Beim Pflanzenschutz fordern wir Bewertungen auf wissenschaftlicher statt auf ideologischer Basis, um faire Wettbewerbsbedingungen zu gewährleisten. Der Green Deal muss zu einem Wohlstandsdeal weiterentwickelt werden, um Überregulierungen zu vermeiden und Verwaltungsprozesse zu vereinfachen. Diese Maßnahmen sollen eine deutliche Erleichterung für die heimischen Land- und Forstwirte bringen und ihre Wettbewerbsfähigkeit stärken.

Die SPÖ setzt sich dafür ein, dass der Bezug öffentlicher Agrarfördermittel mit einer Umwelleistung verbunden sein muss. Die Mittel sind so einzusetzen, dass notwendige Veränderungen angestoßen werden und diese etwa zu mehr Bodengesundheit, Tierwohl, Klimaerhitzung-Anpassungen und CO₂-Einsparungen beitragen. Auch die Landwirtschaft muss einen wesentlichen Beitrag für den Erhalt einer lebenswerten Umwelt leisten. Eine gerechtere Verteilung der Agrarfördermittel wäre ein wichtiger Hebel, um gerade auch in Österreich das Höfesterben zu beenden.

EIGENTUM & STEUERN

Ein Blick in die Entwicklung vieler Staaten zeigt, dass die Möglichkeit zur Schaffung und Erhaltung persönlichen Eigentums die Grundvoraussetzung für eine verantwortungsbewusste und leistungsorientierte Gesellschaft ist. Wo werden Sie ansetzen, um das Eigentumsrecht in Österreich zu stärken und die Verfügungshoheit der Landbewirtschaftler noch besser zu schützen?

Die Volkspartei steht für Eigentum und Leistungsgerechtigkeit. Daher lehnen wir Angriffe auf Leistung und Eigentum ab und sind gegen neue Substanzsteuern auf die eigene bzw. familiäre Leistung. Unser Ziel ist, die Eigentumsquote in Österreich auf 60 % zu erhöhen. Dafür planen wir steuerliche Erleichterungen beim Erwerb von Wohnungseigentum und eine zügige, unbürokratische Umsetzung von Bauprojekten. Mit einer Milliarde Euro für den gemeinnützigen Bausektor fördern wir Bau und Sanierung von gemeinnützigen Miet- und Eigentumswohnungen. Dadurch werden ungefähr 20.000 Wohnungen realisiert und ca. 5.000 Wohnungen saniert und schaffen Wohnraum für etwa 44.000 Menschen.

Die Schaffung von Eigentum ist für Menschen, die nicht erben, nur schwer durch Arbeit und damit aufgebaute Ersparnisse möglich. Voraussetzung dafür ist, dass Erwerbsarbeit ordentlich bezahlt wird – und auch durch Selbstständigkeit entsprechend hohe Einkommen erzielt werden können. Einkommen – und Lebenserhaltungskosten an sich – müssen ebenfalls leistbar sein. Wenn Familien ihr ganzes Geld für die Miete und Lebensmittel ausgeben müssen, ist der Kauf einer Eigentumswohnung unrealistisch.



In Österreich gibt es viele Dokumentationspflichten, die über die Vorgaben der EU hinausgehen. Diese unerwünschte Übererfüllung von EU-Mindeststandards, auch Gold Plating genannt, macht das Wirtschaften für unsere Landwirte bürokratischer und soll dringend evaluiert werden. Sinnlose Bürokratie muss abgeschafft werden. Statt jährlich zu stellende Anträge, soll beispielsweise eine Antragstellung pro GAP-Periode genügen.

Wir sehen große Chancen zur Entlastung der Bäuer:innen in der Digitalisierung und der Nutzung bereits vorhandener Daten. Digitale Dokumentationen und die Verschneidung von Datenbanken, dort wo an mehreren Stellen dieselben Daten erhoben werden, bedeuten mittelfristig weniger Aufwand für die Bäuer:innen. Datenschutzrechtliche Vorkehrungen müssen hier natürlich getroffen werden, sind aber lösbar. Gleichzeitig können gemeinwohlorientierte Ziele der Regulierungen – etwa Umwelt-, Natur-, Klima- oder Tierschutz – weiterhin gewährleistet werden. Zusätzlich wollen wir Erleichterungen für Klein- und Kleinstbetriebe und in der bäuerlichen Direktvermarktung.

Leider hat die ÖVP immer wieder Entlastungen angekündigt, aber nicht mal die versprochene Übersicht geliefert. Wir wollen das Bürokratiemonster benennen und Transparenz schaffen. Ein jährlicher Entbürokratisierungsbericht soll konkrete Probleme identifizieren und den Umsetzungsstand jeder Maßnahme transparent darstellen. Durch die Einführung eines One-Stop-Shops und die Digitalisierung der Verwaltungsprozesse wollen wir den Staat zum besseren Dienstleister machen. Das Wichtigste ist aber: Es braucht endlich mutige Reformen für moderne und verständliche Gesetze. Das würde allen am meisten helfen.

In den letzten Jahren wurde das Eigentumsrecht auf verschiedenen Ebenen untergraben. Die FPÖ hat alle Mehrbelastungen von ÖVP und Grünen – von der Co2-Strafsteuer bis hin zur ORF-Zwangsabgabe – entschieden abgelehnt. Auch die die von ÖVP und Grünen initiierte Verankerung einer Leerstandsabgabe in der Verfassung, haben wir abgelehnt. Eine Bundesregierung mit einem Volkskanzler Herbert Kickl tritt an, um diese Fehlentwicklungen rückabzuwickeln.

Der bestehende Rechtsrahmen schützt Eigentumsrechte bereits umfassend. Bei land- und forstwirtschaftlichem Eigentum wissen wir, dass es unmittelbar von der Klimakrise und dem Artensterben betroffen ist. Insofern schützen Klimaschutz und -anpassung oder der Schutz der Artenvielfalt auch land- und forstwirtschaftliches Eigentum. Land- und Forstwirtschaft sind von unterschiedlichen öffentlichen Interessen geprägt, und durch steigende gesellschaftliche Ansprüche etwa im Bereich der Freizeitgestaltung gefordert. Hier gilt es rechtliche Fragen zur Haftung von Eigentümer:innen zu klären und die Erholungsfunktion von Wäldern zu erhalten.

Als liberale Partei ist für uns die Erhaltung persönlichen Eigentums von zentraler Bedeutung. Aktuell ist dieses Recht in Österreich zwar umfassend geschützt, aber viele politische Parteien fordern unverhältnismäßige Eingriffe. Wir lehnen neue Substanzsteuern wie die Vermögenssteuer ab. Zudem setzen wir uns für eine praxisnahe und unbürokratische Umsetzung des Green Deals ein, um die Ausübung der eigenen Rechte zu erleichtern.

Die Volkspartei



EIGENTUM & STEUERN

Die Staatsverschuldung Österreichs ist mit über 80 % sehr hoch. Der Fiskalrat empfiehlt der nächsten Bundesregierung dringend Sparmaßnahmen einzuführen. Wie stehen Sie in diesem Zusammenhang zur Einführung von Vermögens- und Erbschaftssteuern?

Ein Bauer kann von seinem Grund und Boden nicht abbeißen: Äcker und Wiesen sind kein Vermögen, sondern die Erwerbsgrundlage unserer Bäuerinnen und Bauern. Diese zu besteuern würde nicht nur eine schlechende Enteignung darstellen, sondern auch unsere Versorgungssicherheit gefährden. Eine Erbschaftsteuer würde etwa vielen Jungbäuerinnen und Jungbauern die Hofnachfolge erschweren und in weiterer Folge dazu führen, dass immer mehr Betriebe aufgeben. Ziel muss es daher sein, die Menschen zu entlasten und nicht weiter zu belasten. Eine Vermögens- oder Erbschaftsteuer wird es mit der Österreichischen Volkspartei nicht geben.

Für die SPÖ ist klar: es darf keine Kürzungen bei Pensionen, Bildung und Gesundheit geben. Die Konsolidierung in Höhe von etwa 10 Milliarden Euro kann nur aus einem Mix aus klugen Investitionen zur Ankurbelung des Wachstums, sinnvollem Sparen in der Verwaltung und gerechten Millionärssteuern bestehen. Betriebe sollen nicht direkt besteuert werden, sondern nur Individuen mit Vermögen über einer Million Euro. Der Hauptwohnsitz (bis zu 1,5 Mio. Euro) ist ausgenommen, genauso wie landwirtschaftliche Betriebe bis zu 150 Hektar.

KULTURDENKMÄLER

Viele Grundbesitzer kümmern sich auch um historische Gebäude und Kulturdenkmäler, die sowohl die Städte als auch den ländlichen Raum prägen. Welche Ansätze werden Sie wählen, um die damit verbundenen finanziellen Belastungen zu reduzieren und damit die heimische Kulturlandschaft zu erhalten?

Die Erhaltung von historischen Gebäuden und Kulturdenkmälern ist ein wichtiger Schritt, um unser kulturelles Erbe zu sichern. Deshalb haben wir als Volkspartei eine Novelle des Denkmalschutzes vollzogen. Hierdurch sind Unterschutzstellungen leichter umsetzbar und die Spekulation mit denkmalgeschützten Bauten hinterhalten. Auch das Bundesdenkmalamt erfährt durch unsere Novelle eine gefestigte Position. Um Anreize für die Erhaltung historischer Gebäude und Kulturdenkmäler zu schaffen, erhöhen wir die Fördermittel für Denkmalschutz deutlich. Auch den Schutz des UNESCO-Welterbes haben wir in den Denkmalschutz integriert.

Die SPÖ steht für einen modernen Denkmalschutz, haben jedoch die letzte Novelle des Denkmalschutzgesetzes abgelehnt. Ein Grund dafür waren die Unklarheiten bei der besonderen Erhaltungspflicht. Grundsätzlich wollen wir verhindern, dass Denkmale verfallen. In der Novelle wurde jedoch nicht klar gemacht was geschieht, wenn Eigentümer:innen nicht die Mittel zur Instandhaltung haben. Die vorgesehenen Förderungen werden nicht reichen. Wir wollen die Eigentümer:innen von Denkmälern bei der Erhaltung besser unterstützen – vor allem dann, wenn sie diese nicht selbst finanzieren können.



Die FPÖ lehnt Vermögens- und Erbschaftssteuern ab.

Österreich war in den letzten Jahren mit multiplen Krisen konfrontiert. Die Bundesregierung hat umfassend und schnell reagiert und Unterstützungen beschlossen. Das hat Arbeitsplätze und Unternehmen gerettet aber auch das Defizit und den Schuldenstand erhöht. Für uns Grüne ist klar, dass Investitionen in die Zukunft notwendig sind und dabei der gesunde Staatshaushalt nicht aus den Augen verloren werden darf. Wir finden, dass Millionenerb:innen einen fairen Beitrag leisten sollten und setzen uns für eine Millionärssteuer für Millionenerb:innen ein.

NEOS ist gegen die Einführung einer Vermögens- und Erbschaftsteuer. Österreich ist bereits jetzt ein absolutes Hochsteuerland. Der Staat hat kein Einnahmen-, sondern ein Ausgabenproblem. Auch angesichts des demographischen Wandels und bevorstehender energie- und geopolitischer Herausforderungen müssen wir mutige Reformen angehen und die Staatsausgaben auf Treffsicherheit und Effektivität hin durchleuchten - und im System einsparen.

Unsere gepflegte Kulturlandschaft sichert die Lebensqualität in den ländlichen Gebieten und ist der Grund für die touristische Attraktivität unserer Heimat. Aufgrund ihrer gesamtgesellschaftlichen Bedeutung gilt es diese zu erhalten und die Leistung der Landschaftspflege zu honorieren. Wir haben daher die Einführung eines „Landschaftsschützer-Bonus“ vorgeschlagen.

Wir haben heuer das über 100 Jahre alte Denkmalschutzgesetz novelliert. Dabei ist es gelungen, das Förderbudget deutlich zu erhöhen. Mit einem „Fordern und fördern“-Grundsatz werden bereits 2024 sechs Mio. Euro, ab 2025 zehn Mio. Euro zusätzlich an Budget für denkmalrelevante Restaurierungen zur Verfügung gestellt. Ein weiteres immer wieder diskutiertes Thema war die Haftungsfrage, an der Restaurierungen wiederholt gescheitert sind. Mit der Reform wurden spezielle Haftungsregelungen eingeführt, die das öffentliche Interesse an der Erhaltung eines Denkmals berücksichtigen und mehr Rechtssicherheit schaffen.

Nachdem das neue Denkmalschutzgesetz gerade erst beschlossen wurde, wurde hier eine große Chance von Seiten der Regierung vertan. Wir NEOS hätten auf alle Fälle, ähnlich wie in Deutschland, dafür gesorgt, dass man die Kosten für die Restaurierung und Renovierung steuerlich absetzen kann. Die Kosten für die Renovierung und Restaurierung sind dort für Denkmaleigentümer über mehrere Jahre verteilt steuerlich absetzbar.

Forst-Welt-Meisterschaft in Wien

Die Forst-Weltmeisterschaft 2024 „World Logging Championship“ (WLC) findet von 19. bis 22. September in Wien auf der Donauinsel statt. Dabei treten 25 Nationen in 3 verschiedenen Klassen gegeneinander an und zeigen, was sie mit ihren Motorsägen alles leisten können. Veranstalter dieses Großwettbewerbes ist die International Association Logging Championships (ialc) gemeinsam mit dem Forstwettkampfverein Österreichs. Die Land&Forst Betriebe Österreich gehören zu den maßgeblichen Unterstützern dieser WM.

Arbeitsplatz Wald

Die Forstwettkämpfe haben die wichtige Aufgabe, den Sicherheitsaspekt der gefährlichen Forstarbeit und die Bedeutung der forstlichen Ausbildung verstärkt ins Bewusstsein zu rufen. Doch nicht nur die Forstwelt selber ist Zielgruppe, auch der breiten Öffentlichkeit soll die enorme Bedeutung des Forst- und Holzsektors vor Augen geführt werden. Vor Ort werden etliche forstliche Organisationen vertreten sein und u.a. Inhalte über den Arbeitsplatz Wald, forstliche Ausbildungsmöglichkeiten oder nachhaltige Waldbewirtschaftung präsentieren.

Österreich ist WM-Favorit

Nach 25 Jahren findet die Forst-WM nun zum zweiten Mal in Österreich statt. Austragungsort ist heuer die Donauinsel in Wien, wo die weltbesten Forstwettkämpfer aus 25 Nationen um die begehrten WM-Medaillen kämpfen. Die Forst-WM 2023 in Estland war für Österreich die erfolgreichste aller Zeiten. Noch nie in den 55 Jahren der Wettkämpfe hat eine Nation bei einer Weltmeisterschaft solche Ergebnisse erzielt. Deshalb gehen die aktuellen Weltmeisterin Barbara Rinnhofer aus der Steiermark und Weltmeister Mathias Morgenstern aus Kärnten auch 2024 wieder als Favoriten an den Start.

3 Kategorien und 5 Einzeldisziplinen

Der WM-Wettkampf findet in 3 Klassen statt, nämlich Profis Frauen, Profis Männer und U 24. Die 105 Teilnehmer, darunter 14 Frauen, treten in fünf Einzeldisziplinen an und zwar in Kettenwechsel, Kombinationsschnitt, Präzisionsschnitt, Zielfällung sowie Entasten. Bei den Profis gibt es zusätzlich eine Teamwertung und darüber hinaus treten die Teams am Finaltag auch in der Länderstafette gegeneinander an.



Waldland Österreich

Österreich ist fast zur Hälfte mit Wald bedeckt. Die Wertschöpfungskette Wald und Holz ist für mehr als 300.000 Menschen Einkommensquelle und Arbeitsplatz. Der Sektor ist unmittelbar nach dem Tourismus der zweitwichtigste Wirtschaftsfaktor in Österreich. „Deshalb ist es für unser ganzes Land so wichtig, dass wir in der Forstwirtschaft ausreichend und gut ausgebildete Fachleute haben, die sogar international Vorbildwirkung haben“, betont Hubert Malin, Obmann des Forstwettkampfvereins Österreichs und hofft auf zahlreiche ZuschauerInnen bei der Forst-WM in Wien. „Die Forst-WM ist eine einzigartige Gelegenheit, Österreich als außergewöhnliches Waldland von internationalem Rang zu präsentieren. Unseren Athleten und Athletinnen wünschen wir so viel Erfolg wie in den letzten Jahren und halten kräftig die Daumen“, so Konrad Mylius, Präsident der Land&Forst Betriebe Österreich.

Weitere Infos: <https://wlc24.at>

Programm der Forst-WM:

Donnerstag, 19.09:
Eröffnungszereemonie mit
Einzug der Nationen im Burggarten

Freitag, 20. und Samstag, 21.09:
Wettkampftage

Sonntag, 22.9.
Länderstafette und Finale

Der Eintritt ist frei! Unser rot-weiß-rotes Team freut sich über jede Unterstützung!

KOTAX

Farm & Forestry

Besondere Werte,
gut versichert.

kotax.com





**Natürlich
haben wir
Naturverstand.**